Nummer 228 — Halle, Dienstag, den 29. September 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

# Saale-Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Neugroschenstellen ohne Bestellgebühr 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Roland-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesache". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

## Neues in Kürze.

### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Funktionärversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in der Provinz Brandenburg hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die Protest gegen das Verbleiben des Genossen Bauer in der Partei erhebt. Genosse Bauer habe den proletarischen Charakter der Partei geschändet und dürfe nicht länger Mitglied der Partei sein. Ein freiwilliger Rücktritt sei ihm nahezulegen.

*

Das neue Aufflackern der Streikbewegung in Großberlin hat auch zu wilden Arbeitseinstellungen bei den städtischen Arbeitern geführt. Der Teilstreik auf den Neubauten der Städtischen Elektrizitätswerke hat auf weitere städtische Neubauten in Charlottenburg und Spandau übergegriffen. Bei der Hochbahn wollen die Betriebsräte am Mittwoch Urabstimmungen über einen Streikbeginn vornehmen. Auch die Textilarbeiter haben Sonnabend früh in den Berliner Betrieben kurzfristige Forderungen überreicht, die eine Lohnzulage von 15 Pf. pro Stunde betreffen.

*

In Prag wurde am Sonnabend der Kongreß der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei eröffnet.

*

Der russische Außenminister Tschitscherin ist nach Warschau gereist. Es stehen außerordentlich bedeutsame Annäherungsverhandlungen zwischen Rußland und Polen bevor. Die mit der russischen Sorge eines Eintritts Deutschlands in den Westpact und mit der polnischen Sorge einer Ablehnung der Garantie ihrer Grenzen durch die Westmächte zusammenhängen.

*

Der offiziöse rumänische „Vittorul" dementiert die Meldung ungarischer Blätter, wonach zwischen Rumänien und Ungarn Verhandlungen über ein Bündnis gegen Rußland stattgefunden hätten.

*

Der ehemalige Kabinettschef des Generals Nollet, Pallot, ist zum Generaldirektor für Elsaß-Lothringen in Paris ernannt worden. In Straßburg würden nur drei bis vier Beamte verbleiben, die sich lediglich mit Personalfragen zu beschäftigen hätten. — Damit ist es mit der elsaß-lothringischen Freiheit und Sonderstellung vorbei, das Land ist der Pariser Zentralregierung wie alle anderen Landesteile unterstellt.

*

Der französische Kolonialminister Hesse hat im Einvernehmen mit dem Justizminister Steeg (man beachte übrigens die gut deutschen Namen dieser „Vollblutfranzosen") eine Reihe von Milderungen für den Strafvollzug in der Verbrecherkolonie Guyana (Südamerika) erlassen, da gewisse bisherige Disziplinarstrafen „mit dem dortigen Klima nicht vereinbar" seien. — Das Klima ist dort von jeher schlecht gewesen, aber die scheußliche Grausamkeit der Franzosen wirft allmählich zuviel Skandale gegen die „culture" der grande nation herauf.

*

Das südslawische Königspaar hat den in der Bucht von Cattaro stattfindenden ersten Manövern der aus sechs Torpedobooten und einem Geschwader Kanonenboote bestehenden südslawischen Flotte beigewohnt. — „Frieden, Frieden überall!"

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Madrid: Die Regierung gab Anordnungen an die Zolleinfuhrämter, wonach am 15. Oktober für die deutsche Einfuhr wieder die erhöhten autonomen Zollsätze in Kraft treten. (— Der jetzt geltende Handelsvertrag mit Spanien war von Deutschland zum 15. Oktober gekündigt worden.)

*

Gelegentlich des australischen Wahlfeldzuges sagte Premierminister Bruce, es bestehe eine Gefahr, die nicht geringer sei, als sie während des Krieges durchgemacht wurde. Eine internationale Organisation gehe darauf aus, die Zivilisation zu zerstören und wende sich gegen das britische Reich, das in einer wankenden Welt wie ein Fels dastehe.

*

In Simferopol (Halbinsel Krim) tagte zum ersten Male seit dem Bestehen der Sowjetregierung ein Kongreß deutscher Kolonisten der Krim, an dem 250 Delegierte teilnahmen.

*

„Chicago Tribune" meldet aus Teheran: Obwohl sich die allgemeine Lage seit der letzten Brotrevolte gebessert hat, ist doch der Belagerungszustand verhängt worden. Patrouillen durchziehen die Straßen. Starke Polizeiwachen schützen die russische Gesandtschaft. Die Bazare sind wieder geöffnet, und Brot wird wieder verkauft.

*

Der „Daily Telegraph" meldet aus Neuyork, in dem amerikanischen Kohlenstreik deute nichts auf eine baldige Beendigung hin. Der Streik von organisierten Bergleuten in den Anthrazitgruben von Westvirginia kompliziere die Lage.

## Krieg und Kriegsgefahr.

### Schwere spanische Verluste.

Die Franzosen und Spanier melden munter weiter alle möglichen Erfolge. Aber wie es in Wirklichkeit aussieht, dürfte nachstehende Meldung der Londoner „Daily Mail" aus Madrid verraten:

**Die offiziellen Berichte aus Marokko kündigen einen weiteren Rückzug des spanischen Heeres in Marokko an. Man spricht von einer neuen Räumung Tetuans und Ausbau der spanischen Winterstellung in Melilla. In Madrid sind die letzten acht Verlustlisten veröffentlicht, die mit 3500 Toten, 4100 Verwundeten und fast 1000 Vermißten abschließen.**

Die Londoner „Daily Telegraph" meldet:

### Aus Kleinasien.

**Schlechte Nachrichten kommen aus Vorderasien. Konsularberichte melden die Anhäufung von bereits 60000 Mann türkischer Truppen an den Grenzen Mesopotamiens. Aus Konstantinopel wird das Verbot für Ausländer jeder Nation berichtet, nach Anatolien zu reisen, was auf ernstere Vorbedeutungen deute.**

*

Zur Lage in Syrien wird gemeldet: General Gamelin hat seine Kommandostelle nach Sweida verlegt. Die dortige Garnison soll so schnell wie möglich nach Damaskus zurückkehren. Die Drusen haben sich nach allen Richtungen hin zerstreut. Die französischen Verluste sind äußerst gering.

Havas berichtet aus Beirut: Bei ihrem Marsch auf Sweida stellte eine französische Abteilung fest, daß sämtliche Dörfer des Dschebel Drus verlassen sind. Frauen und Kinder haben sich unter Mitnahme der Herden zurückgezogen. Die Drusen haben zudem sämtliche Wasserstellen zerstört, so daß vollständiger Mangel an Wasser herrscht.

Aus Damaskus wird gemeldet, daß eine große französische Offensive gegen die Drusen bevorstehe. 20 000 Mann mit 44 Tanks, 32 Panzerautos und 140 Flugzeugen sollen an dieser Operation teilnehmen.

## Die Uebergabe der deutschen Note.

Der deutsche Botschafter von Hoesch hat am Sonnabend nachmittag in Abwesenheit Briands dem Generalsekretär im Ministerium für Auswärtiges Berthelot die Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung der alliierten Regierungen zu einer Ministerbegegnung überbracht. Die Antwort stellt eine Annahme der Einladung dar.

Die „Agence Belge" meldet aus Brüssel: Der Außenminister Vandervelde empfing am Sonnabend den deutschen Gesandten von Keller, der ihm den Beschluß der deutschen Regierung mitteilte, an der Konferenz der Außenminister über den Sicherheitspakt teilzunehmen.

Der amtliche britische Funkdienst meldet: Der deutsche Botschafter sprach am Sonnabend auf dem Auswärtigen Amt vor, um die deutsche Antwort auf die Einladung der Alliierten zu einer Ministerkonferenz mitzuteilen.

### Die fremden Delegierten.

Das „Pariser Journal" berichtet, die französische Delegation, die sich zur Sicherheitskonferenz begeben werde, bestehe aus Briand und Philipp Berthelot, sowie einigen technischen Sachverständigen.

„Etoile Belge" meldet, daß sich die belgische Delegation für die Paktkonferenz wie folgt zusammensetzt: Außenminister Vandervelde, sein Kabinettschef Rolin und der Referent für westeuropäische Angelegenheiten im Außenministerium van Zuyden.

### Die Stellungnahme des Auslandes.

„Daily Mail" meldet aus Paris, daß der frühere Ministerpräsident Poincaré gestern von Painlevé empfangen worden ist. Poincaré habe die ernsten Bedenken der Rechtsparteien des Senates gegen eine militärische Preisgabe der Rheingrenze geltend gemacht.

**Das Organ der konservativen englischen Regierungspartei, die „Morningpost", schreibt von einem bestehenden Gegensatz in der englischen und der französischen Auffassung über die Außenministerkonferenz. Frankreich halte daran fest, daß nur eine Aussprache stattfinden solle, daß Paktverträge zwar vorgelegt und besprochen, aber nicht abgeschlossen werden sollten. Der englische Wunsch sei dagegen, die Erörterung der Paktverträge durch ein baldiges Abkommen abzuschließen, da für England größere Aufgaben in der Mossulfrage und in Ostasien zu erfüllen wären. — (Da verrät die „Morningpost" wieder einmal, wie dringend England den Sicherheitspakt braucht.)**

**Der Pariser „Matin" hält in einem Warschauer Telegramm seine Meldung aufrecht, daß Polen eine Note an Deutschland in der Ostpaktfrage richten wolle. Es liege auch keine Verstimmung gegen Prag vor, die Dinge würden vielmehr einen ganz anderen Verlauf nehmen, als die deutsche Presse erwarte. Die Garantierung seiner Grenzen sei für Polen eine Lebensfrage, der Westpakt würde nicht kommen, ohne den gleichzeitigen Ostpakt. (?!)**

Laut dem „Soire" hat der belgische Außenminister Vandervelde in der Sitzung des sozialistischen Parteivorstandes am Freitag erklärt, er werde auf der Konferenz einen Vermittlungsvorschlag in der Paktfrage vorlegen. Andernfalls wäre es unmöglich, zwischen Deutschland und Frankreich zu einer Einigung zu kommen. Die bisher bekannt gewordenen deutschen Vorschläge würde Frankreich wohl in dieser Form nicht annehmen können.

### Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Sonnabend unter Vorsitz des Abg. Hergt (Dn.) zusammen, um über die mit dem Sicherheitspakt zusammenhängende politische Lage zu beraten. Die Verhandlungen wurden mit einem ausführlichen Bericht des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann eröffnet.

Zum Sicherheitspakt äußerten sich zunächst die Abg. Graf Westarp (Dn.), Müller-Franken (Soz.) und Dr. Kaß (Ztr.). Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach Dr. Stresemann auch über den Stand der Entwaffungsfrage. Im Rahmen der außenpolitischen Aussprache nahmen noch das Wort die Abgg. Dauch (DVP.), Frau Golte (Komm.), Dr. Bredt (Wirtschaftl. Vgg.), Graf Bernstorff (Dem.), Graf zu Reventlow (Volk.), Graf Lerchenfeld (Bayr. Vp.), Dr. Rosenberg (Komm.) und v. Lindeiner-Wildau (Dn.).

Reichskanzler Dr. Luther hatte den Verhandlungen beigewohnt.

### Kalt Wasser für Caillaux.

Der Präsident Coolidge lud Caillaux zu einem Bankett ein, auf dem es nach heutigem amerikanischem Brauch nur Wasser zu trinken gab. Senator Borah sprach zu Caillaux kein Wort, verhielt sich überhaupt während des Essens schweigsam. Die Absicht, die man ihm in amerikanischen Kreisen zugeschrieben hatte, daß er Caillaux auffordern werde, Frankreich möge den Krieg in Marokko sofort einstellen, erfüllte er nicht, wie er überhaupt den ganzen Abend über niemals sprach. Caillaux wurde gefragt, ob er „es liebe, Mineralwasser zu trinken!" Er erwiderte: „Sicherlich, doch ziehe ich die französischen Weine vor. Hoffentlich wird man mir das in Amerika nicht übel nehmen."

In der Schuldenregulierungsfrage haben die amerikanischen Gegenvorschläge dem Herrn Caillaux erst recht Wasser in seinen französischen Wein geschüttet. Wie „New York Herald" wissen will, richten sich die amerikanischen Einwände gegen die französischen Vorschläge zur Regelung der Kriegsschulden Frankreichs: 1. gegen die Forderung einer Annullierung der bisher aufgelaufenen Zinsen, 2. gegen das Angebot von nur 2 Prozent Zinsen für die ersten Annuitäten, 3. gegen den Plan der Amortisierung, der sich mit dem des englisch-amerikanischen Schuldenabkommens nicht deckt, und 4. gegen den Wunsch einer Revision der Zahlungsbedingungen im Falle einer Nichterfüllung der Reparationspflichten durch Deutschland.

Laut Pariser „Matin" verlangt Amerika statt 80 Millionen Dollar jährlich 129 Millionen. Außerdem findet man auch in manchen anderen Punkten kein Entgegenkommen. In Frankreich ist man über die amerikanischen Forderungen sehr niedergedrückt.

**Der Gouverneur des Staates Wisconsin, Blaine, richtete an den Präsidenten Coolidge ein Telegramm, worin er erklärte, daß vor dem Beginn der Erörterung über die französischen Schulden Amerika von Frankreich fordern solle, daß dieses den Krieg in Marokko einstelle. In der Depesche werden die Franzosen als Barbaren bezeichnet und beschuldigt, daß sie Frauen und Kinder mit dem Gelde töten, das sie Amerika schulden.**

---

**Die beiden Japanflieger, die in Berlin so stürmisch gefeiert wurden, haben am Sonnabend Berlin verlassen und sind nachmittags auf dem Militärflugplatz in Straßburg gelandet. - Dort werden sie jedenfalls den Franzosen ebenso viel Annehmlichkeiten sagen, wie uns Deutschen in Berlin, und die Franzosen werden mit ihnen zusammen über die deutsche Leichtgläubigkeit lachen.**

## Reichsfarben und Reichsbanner.

### Nationalfarben am falschen Ort.

Man schreibt uns:

Mainz 1925. Dem Wanderer aus der Mitte des Reichs, den die Sehnsucht an den deutschen Rhein, „Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze", trieb, stockt immer wieder das Herz, wenn jeder dritte Mensch oder Kraftwagen auf den Straßen des alten Mainz den Rock oder das Zeichen der Zwingherren von jenseits der Vogesen trägt.

Kaum daß er sich an den Schönheiten des Landes der 1000jährigen deutschen Kultur freuen kann! Er wandert an dem Zeughaus-Palais, das die blau-weiß-rote Fahne drückt, vorüber zum herrlichen kurfürstlichen Schloß, der jetzigen Gemäldesammlung, in welchen zu Ehren der Jahrtausendfeier eine Kunstausstellung stattfindet. Er biegt um die Ecke: das neue Rathaus: Hauptquartier des Generalstabes der französischen Rheinarmee. Er wendet sich schmerzbewegt ab. Da wird sein Blick auf ein Haus gelenkt, das von oben bis unten mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen an den Fenstern geschmückt ist. Ein großes gleichfarbenes Banner ziert die Mitte des Hauses. Die deutsche Reichsfahne! Unmittelbar fühlt er sich gehoben im Anblick des Gegenstückes: Deutschland — Frankreich. Was verschlägt es, daß er daheim sich zu schwarz-weiß-rot bekennt! Hier gilt es das Eigene und das Fremde zu scheiden. Hier fühlt er nur die leidende Heimat und die bedrückenden Feinde.

Aber was ist das? Er sieht sich das Haus näher an. Da trägt es mitten zwischen den wehenden Fahnen ein großes blau-weiß-rotes Schild mit der Aufschrift: „Union sportive française de Mayence." Und zwischen den Fenstern des Erdgeschosses preist sich in den üblichen Reklametafeln an: „Apéritifs Café français." „en merle blanc." „Vins fins rouges et blancs." An der Tür des Hauses aber drei große weiße Emailleschilder: „Verband der Maler, Tünchер und Lackierer", „Deutscher Metallarbeiterverband"!!

Nun wird auch die Beflaggung klar: Der Wanderer wunderte sich über die Möglichkeit einer solch auffälligen Kundgebung deutschen Bekenntnisses im besetzten Gebiet. Hatte er doch tags zuvor noch auf den Rheindampfern die Warnung gelesen: Die Reisenden werden gebeten, das Singen nationaler Lieder zu unterlassen, da es von den Besatzungsbehörden als herausfordernde Kundgebung gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen(!!) aufgefaßt wird und auch für die Schiffsbesatzung schwere Strafe nach sich zieht. — Nun, Lied und Flagge, das ist ja wohl eins! Aber es ist ja ein Irrtum. Im ersten Fenster des Hauses hängt ein Schild: „Hier Kartenverkauf zum republikanischen Tag. Reichsbanner Schwarzrotgold!" Alle Straßenbahnwagen tragen ja dieselbe Ankündigung.

Mir will eines nicht aus dem Sinn: Gab es nicht einen Weltkrieg, in dem Hunderttausende deutscher Arbeiter den Heldentod starben für ihr Vaterland, „dessen ärmster Sohn auch sein getreuester war"? Gab es nicht eine Hungerblockade nach erklärtem Waffenstillstand, welcher Hunderttausende von Arbeiterkindern zum Opfer fielen? Gab es nicht eine Ruhrbesetzung, gegen welche sich deutsche Arbeiter mit einem mannhaften „Nein" sträubten? Wird nicht immer wieder von denen, die im Mainzer Rathaus sitzen, jedes Mittel angewendet, um der deutschen Wirtschaft, deren eines wesentliches Glied der deutsche Arbeiter ist, den Hals vollends zu brechen?

Und dann heißt es in einem Atem „Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund" — „Café français" — „Republikanischer Tag" —, „Union sportive française de Mayence" — „Reichsbanner Schwarzrotgold"! Wer kann mit solcher Verwirrung mit? Armes Deutschland, wie soll deine Zukunft aussehen, wenn sich der „Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund" und das „Reichsbanner Schwarzrotgold" solche Ehrenmale errichten wie in Mainz!!

G.

### Englandfeindschaft der Inder.

Der Ausschuß des allindischen Kongresses in Patna nahm eine Entschließung an, worin er den Chinesen seine Sympathie ausspricht und gegen die Verwendung indischer Soldaten zur Unterdrückung ihrer „Freiheitsbewegung" Protest erhebt.

**Das Zentral-Kalifat in Patna hat beschlossen, eine Abordnung zu Sultan Ibn Saud zu senden, die mit ihm über die Einberufung einer mohammedanischen Weltkonferenz beraten soll. — Ibn Saud ist der Führer des mächtigen religiösen Ordens der Senussi, der Besieger des von den Engländern eingesetzten Araberkönigs, und hat kürzlich die heilige Stadt Medina erobert. Die englandfeindliche Richtung der geplanten Konferenz ist also ebenso unverkennbar wie bei der Sympathiekundgebung für China.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250929019/fragment/page=0001

## Die Fremdenlegion — eine deutsche Schande.

Saarländische Zeitungen bringen in letzter Zeit mehrfach Mitteilungen über Söhne des Landes. Die als Opfer der Fremdenlegion auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz gefallen sind. Wenn schon das kleine Saargebiet den Eroberungsbedürfnissen des imperialistischen Frankreichs einen hohen Blutzoll entrichtet, um wieviel mehr wird das ganze besetzte Gebiet an der Auffüllung der Söldnertruppe beteiligt sein, für die das fortdare französische Blut bekanntlich zu schade ist.

Darüber hinaus stellt die deutsche Jugend des ganzen Reiches unbegreiflicherweise den Hauptteil der Scharen, die zum Verdirbten und Verschmachten auf den afrikanischen Glutstepen bestimmt sind. Wem hätte es eigentlich für unmöglich halten sollen, daß nach dem Ausgang des großen Krieges auch nur ein einziger deutscher Jüngling seine gesunden Knochen dem angenehmen französischen Nachbar verschenken würde, denn kann man nicht einmal sagen verkaufen. Alle hierfür angeführten Gründe, Arbeitslosigkeit, Abenteuerlust, Wanderdrang, gescheiterte Existenzen, reichen nicht hin, dieses Schwegwerfen tausender Deutscher zu erklären oder gar zu entschuldigen.

England hat seit zwei Jahren eine schlimme Arbeitslosigkeit, die zeitweise über zwei Millionen betragen hat. Dennoch würde es kaum einem Briten einfallen, sich in den Rock eines Fremdenlegionärs stecken zu lassen. Die unsichtbaren starken Ketten eines bis in die Tiefen des Volkes hinabreichenden Nationalgefühls halten ihn selbst davon zurück, sich dermaßen zu vergessen oder zu verlieren.

Dieses ganz und gar würdelose, den Franzosen selbst ganz unerklärliche Verhalten so vieler Deutscher ist ein trauriger Beweis unseres unentwickelten Nationalgefühls. Die Franzosen folgern hieraus die Unterlegenheit der germanischen Rasse, die ihnen als Kanonenfutter ebenso leicht zur Verfügung steht, als die Völkerschaften schwarzer, brauner oder gelber Färbung.

Es ist ein Gebot der Selbstachtung, daß wir Deutschen ernstlich darauf sinnen, der Schande der Reisläuferei in die Fremdenlegion ein Ende zu machen. Gegen die Werber richtet man mit geringen Strafen nichts aus; für Menschenhandel ist nur die schwerste Strafe berechtigt. Denjenigen Landsmann aber, der über sich bringt, durch freiwilligen Eintritt in die Legion seine Volksgemeinschaft zu schänden, treffe die unwiderrufliche Ausstoßung aus dem Volksverband.

## „Frankreich stirbt aus."

Zu dem in der Sonntagsnummer unter obigem Titel veröffentlichten Aufsatz aus der Pariser „Temps" sei noch folgende Berechnung nachgetragen:

Vor dem Kriege hatte Frankreich ohne Elsaß-Lothringen 39,252 Millionen Einwohner. Davon waren laut „Temps" 379 000 Ausländer. Also 38,873 Millionen wirkliche Franzosen.

Nach dem Kriege. Heute hat Frankreich 39,1945 Millionen Einwohner. Davon sind 1,695 Millionen Elsaß-Lothringer, die durch den Versailler Vertrag hinzugekommen sind; ferner sind einbegriffen in die 39,1945 Millionen die 3,1 Mill. Ausländer, die laut „Temps" heute in Frankreich wohnen. Will man die heutige Zahl der wirklichen Franzosen feststellen, so muß man also abziehen die Elsaß-Lothringer und die Ausländer und erhält: 39,1945—1,695—3,1. Also 34,3995 Millionen wirkliche Franzosen.

Mithin hat Frankreich seit dem Kriegsbeginn einen Verlust von 38,873—34,3995, also von 4,4735 Millionen wirklichen Franzosen gehabt = 11,5 Prozent.

Im Kriege hat Frankreich rund 1,9 Millionen Mann verloren, davon mindestens 700 000 Farbige. Demnach beträgt der nicht auf Kriegsverluste zurückzuführende, sondern für das heutige, aussterbende Frankreich „normale" Bevölkerungsrückgang seit 1913 etwa 3,27 Millionen Menschen.

## Maßregelung eines völkischen Landtagsabgeordneten.

Die Landtagsfraktionen der deutschvölkischen Freiheitspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung verwiesen in einer großen Anfrage darauf, daß am 8. April d. J. Staatssekretär Fritze vom preußischen Justizministerium das Landtagsmitglied Dr. Körner (Völk.) wegen der in Ausübung seines Berufes als Abgeordneter von ihm vorgenommenen Mitunterzeichnung einer kleinen Anfrage zur Verantwortung gezogen habe. Durch Erlaß des Staatsministeriums vom 18. Juli sei dann Dr. Körner unter Kürzung seines Gehaltes um über 1000 M. jährlich aus dem Justizdienst entlassen und zu einer Provinzialbehörde versetzt worden. Es wird gefragt, wie das Staatsministerium diese dienstliche Verfolgung eines Abgeordneten rechtfertige.

— Wir leben zwar in einer „freien" Republik und in der Verfassung ist die Freiheit der politischen Meinung ausdrücklich gewährleistet. Aber Freiheit und Freiheit sind sehr verschiedene Begriffe. Der Linkspartei eier denkt: „Die Freiheit, die ich meine", ist eben immer die andere, die Freiheit für die Linke.

## Landtag und Wohnungsnot.

Der Landtag hatte sich am Sonnabend mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen und damit vor allem mit dem Problem der Wohnungsnot zu befassen. Vom Hauptausschuß sind dem Hause

**zahlreiche Anträge**

vorgelegt worden, die die Hebung der Neubautätigkeit, die Verbesserung der Verhältnisse im Realkreditwesen, die Abänderung der Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuer, die Erhaltung des Mieterschutzes, die Aufstellung einer Wohnungsstatistik und eines umfassenden Wohnungsbauprogramms nach englischem Muster, den Bauarbeiterschutz, die Förderung des Siedlungswesens und die Seßhaftmachung von Landarbeitern zum Gegenstande haben.

**Abg. Hower (Dn.)** führt aus, heute sei der Hauseigentümer fast völlig entrechtet; alle seine Rechte habe sich der Staat angeeignet. Die Ueberzeugung, daß die heutige Wohnungszwangswirtschaft nicht länger aufrechterhalten werden könne, setze sich immer allgemeiner durch. Sie scheitere aber an dem Widerstande des preußischen Wohlfahrtsministers, der sich auf den Abbau erst einlassen will, wenn Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt es zulassen.

Unverzüglich sei eine Statistik des Wohnungsbedürfnisses aufzunehmen, damit eine zweckmäßige Verteilung der Wohnungen erfolgen könne. Weiter wünscht der Redner Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und Wiederherstellung des alten Verhältnisses von Miete und Einkommen. Heute, wo nur ein Prozent des Einkommens für Miete aufzuwenden sei, müsse man eine unverantwortliche Wohnungsraumverschwendung befürchten.

**Abg. Grundmann (SPD.)** hält es für angängig, in einem engeren Kreise die Frage des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft zu erörtern. Seine vor zwei Jahren schon gemachte Anregung, aus der Hauszinssteuer auch Mittel zur Erhöhung des Zinsfusses der ersten Hypothek zu entnehmen, hält der Redner heute für sehr erwägenswert, nachdem ihr von den Rednern des Zentrums und der Sozialdemokraten zugestimmt worden sei. Weiter wünscht der Redner eine längere Arbeitszeit im Baugewerbe. Durch ihre ewigen Streiks verschlechterten die Bauarbeiter sich ihre Situation selbst am meisten. Für einen Abbau des Wolkswohlfahrtsministeriums sei seine Fraktion nicht zu haben.

**Wohlfahrtsminister Hirtsiefer** teilt mit, daß von der Gesamtsumme der Hauszinssteuer für ganz Preußen in Höhe von 730 Millionen bisher 270 Millionen zu Zwecken des Neubaues von Wohnungen bereitgestellt seien, wovon die staatlichen Anteile 60 und die Anteile der Gemeinden 210 Millionen ausmachten. Von der Wohnungszwangswirtschaft muß abgehaut werden was möglich ist. Man sollte aber nicht in der Oeffentlichkeit den Glauben erwecken, daß die Wohnungen wie Pilze aus der Erde schießen würden, wenn nur die Zwangswirtschaft aufhöre.

Durch Reichsgesetz ist bestimmt, daß bis zum 1. April 1926 die volle Höhe der Friedensmiete erreicht werden muß. Die preußische Staatsregierung hat aber bis auf weiteres von einer Erhöhung der Mieten abgesehen. Allgemein eine Erhöhung der Mieten für gewerbliche Räume vorzunehmen, würde nur einer Preissteigerung dienen. Die überwiegende Mehrheit der preußischen Industrie- und Handelskammern und der Gewerbekammern hat sich gegen die Besteuerung gewerblicher Räume von der Zwangswirtschaft ausgesprochen.

Im Januar werden wir eine klare Uebersicht über den tatsächlichen Bedarf an Wohnraum erhalten. Dann kann auch geprüft werden, inwieweit der Wohnungsluxus schuld an der Wohnungsnot ist. Es kann nicht dringend genug gefordert werden, daß das wohnungsuchende Publikum den Wohnungsämtern Anzeige erstattet, wenn

**hohe Abschlagssummen**

gefordert werden. Jedenfalls werden wir, soweit es in unserer Kraft steht, der wucherischen Ausbeutung entgegentreten, die auch von dem organisierten Hausbesitz durchaus nicht gebilligt wird. Der Minister gab schließlich einen Ueberblick über das kommende Städtebaugesetz.

**Abg. Ulrichschloh (Wirtsch. Vgg.)** fordert den völligen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. — Weitere Beratung Montag 12 Uhr.

*

Ein Antrag der deutschnationalen Landtagsfraktion ersucht das Staatsministerium, den Städten und Industriegebieten auf dem Wege der Kreditgewährung ausreichende Geldmittel zuzuführen, um für die arme Bevölkerung Kartoffeln aus deutschen Produktionsgebieten vor Eintritt der kalten Witterung einkaufen zu können.

## Ku Klux Klan und Berliner Polizeipräsidium.

Die Fraktion der deutschnölkischen Freiheitspartei des Preußischen Landtags verwies in einer kleinen Anfrage auf eine in der „Berliner Morgenpost" abgedruckte Lichtbildaufnahme, die als Aufnahmezeremonie im deutschen „Ku-Klux-Klan" bezeichnet werde. Es handele sich hierbei um einen eingetragenen Verein, dessen Mitglieder der Polizei bekannt seien und der ausdrücklich alles ablehne, was gegen die Strafgesetze sei.

Den Zeitungen zufolge habe Polizeipräsident Friedensburg vor Zeitungsvertretern einen Vortrag über diese angebliche „Mordorganisation" gehalten. Es wird gefragt, durch welche Verletzung der Dienstpflicht das angeblich beschlagnahmte Bild in den Besitz der Presse gelangt sei oder ob es richtig sei, daß Beamte der Polizei sich die theatralischen Mäntel angezogen und die Gruppe für die Aufnahme der Presse gestellt hätten. Es wird gefordert, die Angelegenheit zu untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Ferner wird gefragt, ob es richtig sei, daß Vizepolizeipräsident Friedensburg selbst einer geheimen Loge angehöre. Die Anfrage wendet sich zum Schluß dagegen, daß durch Aufbau schon von Vorgängen Unruhe in die Bevölkerung getragen und gegen die völkischen deutschen Teile der Bevölkerung von amtlicher Stelle parteiisch vorgegangen werde.

---

Der Reichsbankpräsident Schacht wird in Kürze nach Neuyork reisen, um mit der amerikanischen Finanz über Anleihen für Gemeinden und Industrieunternehmungen zu verhandeln.

*

Die Völkerbundsversammlung hat am Sonnabend einen Protokollentwurf zur Abschaffung der Sklaverei angenommen und hat dann ihre diesjährige Tagung geschlossen.

## Leibesübungen in Gefängnissen.

Einem Bericht von Professor Dr. Erich Stern-Gießen, über „Jugendpflege in amerikanischen Gefängnissen" entnehmen wir folgendes:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß viele der Insassen aus den mannigfachsten Gründen schwächlich sind, hat man zunächst auf die körperliche Erziehung in allen Anstalten ein sehr großes Gewicht gelegt. Die Insassen haben genügend Bewegung, Arbeit in frischer Luft, es wird im Freien oder in der Halle geturnt, Spiel und Sport getrieben. Die Ernährung ist gut und reichlich, so nahmen denn die meisten Zöglinge während des Anstaltsaufenthaltes zu. Militärische Uebungen, die in manchen Anstalten abgehalten werden, erzeugen Disziplin, die Zöglinge lernen rasch, vollkommen und ohne Widerspruch gehorchen. Man kann die Gefangenen zu Vorgesetztenstellungen befördern, ihnen dadurch Vertrauen erweisen und ein gewisses Gefühl der Verantwortung in ihnen wachrufen.

Spiel und Sport sind in Erziehungsgefängnissen durchaus am Platze, sie erhalten bei guter Laune. Es ist durchaus nicht nur das Recht, sondern ein Bedürfnis junger Menschen, froh zu sein und bisweilen herzlich zu lachen. Dieses Prinzip muß auch für Anstalten, die jugendliche Strafgefangene wirklich bessern wollen, gelten, denn die Kriminellen sind im Ganzen zynisch und übellaunig. Jeder Plan eines Erziehungs-Gefängnisses muß sehen, die gute Stimmung der Insassen zu erhalten. Dazu ist aber nichts wirksamer als ein gelegentliches frohes Spiel. Bei solcher Gelegenheit vergessen Teilnehmer und Zuschauer die Lage, in der sie sich befinden, sie genießen in dieser Zeit eine konstruierte Freiheit, die sich in normalem Denken äußert." — Der amerikanische Versuch ist gewiß interessant und menschlich schön, aber ob dadurch das Gefängnis nicht den Charakter der Strafe zu sehr verliert und zu einer besonderen Form der Arbeitslosenunterstützung wird, die wenig geeignet ist, den ruhigen Staatsbürger vor Mißtätern zu schützen? Die geradezu ungeheuerliche Häufigkeit der Verbrechen in Amerika scheint so humane Gefängniseinrichtungen durchaus nicht zu empfehlen.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist am Sonnabend in Königsberg zu ihrer 100. Hauptversammlung zusammengetreten. Unter den zahlreich Anwesenden bemerkte man viele Vertreter der Reichs-, Staats- und der provinzialen Behörden.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz hielt eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, in der er sich eingehend mit der Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere mit der Frage der Beschaffung von Betriebsmitteln für die Landwirtschaft befaßte.

## Der Ku Klux Klan.

Von Dr. Hermann Lufft, Berlin-Neuyork.

Zu den Meldungen der Berliner politischen Polizei, daß in Berlin ein Geheimbund des Ku Klux Klan aufgedeckt worden sei, baten wir Herrn Dr. Hermann Lufft, der sich viele Jahre zum Studium in den Vereinigten Staaten aufgehalten hat, um diesen Aufsatz über den Ku Klux Klan in Amerika.

Vor wenigen Wochen, Mitte August, war eine große Ku Klux Klan-Parade in Washington. Die Pennsylvania Avenue entlang, über der pantheonartig der mächtige Bau des Kapitols auftragt, zogen die Klanleute in ihren weißen Talaren, die hohe weiße Zuckerhutmütze auf dem Kopf, aber ohne Gesichtsmasken; denn die hatte die Polizei verboten. Auch Präsident Coolidge war eingeladen, aber er hatte, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, die „Einladung nicht erhalten". Die Amerikaner sind Meister in Paraden; aber diese Parade machte selbst dem sehr kritischen Menken, einem Amerikaner deutscher Abstammung, bekannten politischen Schriftsteller, und gewiß keinem Freund des Klan, Eindruck; je etwa 20 Mann in einer Reihe, mit Abstand von ungefähr einem Meter von Mann zu Mann, von 1½ Meter zwischen den Reihen — Abstände, die ohne besondere Pedanterie sehr genau eingehalten zu werden pflegen —, die einzelnen Verbände durch Fahnengruppen getrennt, so dauerte die Parade Stunden und Stunden; mindestens 60 000, wahrscheinlich gegen 100 000 Personen nahmen an ihr teil. Also der Klan existiert nicht nur in den Köpfen seiner Zeitgenossen: er stellt eine substantielle, wohldisziplinierte, mit reichen Mitteln ausgestattete Macht dar.

Was ist der Klan? Er ist entstanden nach dem Bürgerkrieg. Der Nachweile des siegreichen Nordens in den ersten Nachkriegsjahren beugte den Süden unter die politische Herrschaft des eben aus der Sklaverei befreiten Negerelements, das selbstverständlich die überaus schwierigen Rekonstruktionsprobleme nicht lösen konnte. Gegen die herrschende Mißwirtschaft schlossen sich überall die Weißen in Geheimverbänden zusammen, um die farbige Bevölkerung einzuschüchtern, teils durch Erweckung abergläubischer Furcht mit seltsamer geisterhafter Vermummerei, durch unvermutete nächtliche Streifzüge, teils, wo solche Mittel nichts nützen, durch Gewalt. Unter diesen Gesellschaften wurde der Ku Klux Klan allmählich der mächtigste. Aber als der Weiße im Süden gesiegt hatte, war der Klan unnötig, und für Jahrzehnte war er für die Oeffentlichkeit so gut wie tot. Jetzt, nach dem Weltkrieg, ist er plötzlich wieder lebendig geworden, und zwar liegt seine Macht gegenwärtig nicht ausschließlich und nicht einmal vorwiegend im Süden, auch wenn dort die Bewegung zunächst ausging, und wenn er dort, ich glaube in Atlanta, auch heute noch aus alter Tradition sein Hauptquartier hat, — sondern im Norden: jene Parade sollte gerade, wie man sich erzählte, dem Süden die Ueberlegenheit der Bewegung im Norden beweisen.

Worauf beruht die Macht des Klan? Gewiß, all der Hokuspokus, der mit dem Klan verbunden ist, die besondere Tracht, das große Zeremoniell und die feierlichen Gebräuche, das brennende Kreuz in der Nacht mit den vermummten Gestalten, die Geheimnistuerei und die schweren Eidschwüre, mit denen sich der Neueintretende zu absoluter Verschwiegenheit und zu absolutem Gehorsam verpflichten muß, die eiserne Disziplin und die strenge hierarchische Schichtung der „Ordens"-Mitglieder machen Freude und imponieren. Wenn z. B. ein politischer Verband eine Kategorie seiner Beamten „Adler" (eagle) nennen würde, so würde man etwas an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Wenn man aber den Titel Kleadler (Il-eagle) (durch Voransetzung von Kl, eventuell mit Weglassung der Anfangskonsonanten, sind alle Namen und Titel im Reich des Klan entstanden), unter großem nächtlichen Hokuspokus verliehen erhält, und dazu furchtbare Schwüre leisten muß, so ist das eben nach menschlicher Psychologie, die wir alle kennen, etwas ganz anderes.

Aber mit solchem Hokuspokus allein ist der Klan doch nicht ganz erklärt. Das erfreut wohl viele für kurze Zeit und nicht wenige für immer, aber eine große Bewegung kann man damit auf die Dauer auch in Amerika nicht auslösen. Nun ist es aber ferner sicher, daß der Klan sich gerade aus den höheren Schichten der Bildung wie des Besitzes rekrutiert, auch aus der bäuerlichen Bevölkerung. Die Aufnahmebedingungen sind sehr streng: amerikanische Staatsangehörigkeit für mehrere Generationen, Abstammung aus germanischem Blut (Amerikaner sehr weit zurückliegender deutscher Einwanderung sind also statutmäßig von der Aufnahme nicht ausgeschlossen), protestantische Konfession, vor allem aber eine Reihe von Bürgen, selbst Mitglieder, für die persönliche Zuverlässigkeit, für „100 Prozent amerikanism" — auf diesen Grundlagen werden alle persönlichen Verhältnisse geprüft und dann über die Aufnahme entschieden. Der Klan ist also eine Organisation des angelsächsischen, im wesentlichen auch heute noch herrschenden Elements in Amerika, gewiß einer Minderheit, aber einer nach Zahl nicht geringen, nach Einfluß mächtigen Minderheit. Man erzählt sich in Washington, daß unter Harding — unter Coolidge traut man sich solches nicht — selbst im Kapitol nächtliche Klan-Versammlungen stattgefunden haben, an denen sehr hohe Offiziere beteiligt waren.

Was will der Klan, worauf beruht seine Macht? Die Antwort ist nicht einfach, denn der Klan trägt in den einzelnen Staaten sehr verschiedenen Charakter, und ganz verschiedenen Charakter im Norden und im Süden, im Osten und im Westen.

Der Klan ist ein Ausdruck der Unbefriedigung mit bestehenden sozialen Verhältnissen: Amerika ist weder mit seiner ost- oder südeuropäischen Einwanderung, noch mit den allgemeinen Problemen der modernen Großstadt, der modernen Fabrik, der Auflösung des Familienlebens, der Zersetzung der Religionsgemeinschaften fertig geworden. Der völkische Gruppeninstinkt des Angelsachsen, der altgermanische „Sundertschaft"-instinkt, sucht dieser auflösenden Tendenz gegenüber sich auch im Klan zu organisieren.

Die Auswirkung solcher Organisation kann auf verschiedene Weise erfolgen. Der Klan mag sich darauf beschränken, Leute unmoralischen Lebenswandels irgendwelcher Art, nicht nur in sexueller Hinsicht, welche die Polizei oder die Gerichte nicht fassen können oder auch nicht fassen wollen (das letzte kommt ziemlich häufig in Amerika vor) zunächst zu verwarnen, dann zum Verlassen der Stadt oder des Staates aufzufordern (meist in einem sehr kurz befristeten Ultimatum), worauf er zu Gewaltmaßregeln, etwa zu „Teeren und Federn", schreitet. In dieser Beziehung hat der Klan zweifellos viel Gutes getan: die Autorität des Strafrechts ist eben nicht genügend, sie ist auch starr. Sie braucht die Ergänzung durch das Urteil des gesunden Menschenverstandes, der in der Gesellschaft leben soll.

Aber eine derartige Zensurbehörde eigener Machtvollkommenheit muß einen sehr hohen Idealismus nicht nur eigenen Wollens, sondern auch eigenen Vollbringens, oder aber eine unmittelbare Instinktsicherheit des Urteils haben. Ein derartiger Idealismus liegt außerhalb des Kreises praktischer Politik. Instinktsicherheit aber ist auf dem Lande und in Landstädten wohl gegeben, die daher auch die Hauptwirkungsstätten des Klans bilden, in den Großstädten aber sicher nicht vorhanden; in diesen tritt daher auch der Klan nicht oder kaum an die Oeffentlichkeit. Zwischen Großstädten und Landstädten aber gibt es Städte mittleren Charakters, sei es der Bevölkerungsgröße, sei es der Bevölkerungszusammensetzung nach (etwa starker Einschlag von Fabrikbevölkerung). Sie sind die Stätten des Kampfes zwischen Klan und Klangegnern.

Im allgemeinen vertritt der Klan die Idee der Rasse, die Idee der Moral der Rasse, und er sucht sie auf politischem Gebiet in der Herausbildung der amerikanischen Nation durchzusetzen. Wo nun die Durchsetzung dieser Idee nicht instinktmäßig möglich ist, da liegt die Gefahr vor, daß die Idee der Rasse nicht mehr in geistiger und ethischer Wesenheit gesehen und gesucht wird. So ist der Klan in weiten Gebietsteilen seiner kulturelethischen Einstellung nach einfach antikatholisch oder antijüdisch, welche Einstellung sich sehr oft mit Rassengegnerschaft verbindet: der Katholik mag Italiener oder Pole oder Tscheche oder Slovene sein. Da aber diese Bevölkerungselemente teils an Intelligenz und teils an Organisation, teils an Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit individuellen Handelns dem Angelsachsen und somit auch dem Klan überlegen sind, so ist auch nicht die mindeste Aussicht, daß der Klan sich ihnen gegenüber mit Methoden physischer oder gesellschaftlicher Gewalt durchsetzen könnte. Wo immer derartige Versuche gemacht worden sind, da ist es zum Kampf, auch zum blutigen Kampf gekommen, wobei der Klan in der Regel unterlag. Das hat im ganzen zweifellos sowohl beschränkend wie läuternd auf die Bestrebungen des Klan zurückgewirkt.

Alles in allem genommen ist der Klan zweifellos eine ernst zu nehmende, für die Kulturentwicklung bedeutsame Bewegung, aber wohl weniger politisch, d. h. tagespolitisch, dafür mehr praktisch-ethisch eingestellt ist und auf diesem Gebiet die alte Idee der Volksgemeinschaft wieder zu beleben sucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250929019/fragment/page=0002